
FDP Wetterau

61 CORONA-FÄLLE IN BÜDINGER ERSTAUFNAHMEEINRICHTUNG

17.08.2021

Hahn: Bürger in den Landkreise dürfen unter Grenzüberschreitungen nicht leiden

Wie aus der Antwort des Sozialministers Kai Klose (Grüne) auf eine Kleine Anfrage des FDP-Landtagsabgeordneten Yanki Pürsün im Hessischen Landtag hervorgeht, sind mit Stand vom 17. Juni 2021 seit dem Ausbruch der Pandemie insgesamt 61 Flüchtlinge in der Büdinger Erstaufnahmeeinrichtung mit dem Corona-Virus infiziert gewesen. Hessenweit seien laut den Ausführungen des grünen Ministers insgesamt 1.206 Bewohnerinnen und Bewohner von Erstaufnahmeeinrichtungen infiziert gewesen.

Ein Konzept sehe für die Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen besondere Hygienevorschriften, die Maskenpflicht und nur sehr eingeschränkte, auf das absolut notwendige Maß beschränkte Besuchsregelungen vor. Gleichfalls enthalten seien Vorgaben für Quarantänemaßnahmen, die in speziell ausgewiesenen Quarantänebereichen durchgeführt würden. „Das konnten wir Liberale bei einem Besuch in Giessen auch überprüfen“, so der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn. Aufgrund der Pandemie sei eine weiträumigere Unterbringung der Bewohnenden erforderlich geworden. Aus diesem Grund habe nutze das Land auch die Büdinger Jugendherberge. Bewohnerinnen und Bewohner würden regelmäßig und umfänglich zusätzlich durch mehrsprachige Aushänge und Informationszettel über die gültigen Corona-Schutzmaßnahmen informiert.

Wie aus der Antwort zudem hervorgeht, würden alle neu ankommenden Asylsuchenden nach ihrer Ankunft in Gießen für 14 Tage in einem gesonderten Bereich untergebracht. Es würden umfangreich und konsequent Tests durchgeführt und bei Verdachtsfällen Absonderungen durchgeführt. Alle impfwilligen Asylsuchenden könnten sich zudem regelmäßig gegen das Corona-Virus impfen lassen.

„Konzepte zur Bekämpfung der Pandemie orientieren sich in Hessen leider noch immer an den Inzidenzwerten. Dies hatte in der Vergangenheit zur Folge, dass bei vereinzelt Ausbrüchen des Corona-Virus ganze Landkreise oder Kommunen über entsprechende Grenzwerte getreten sind, manchmal nur im Zusammenhang mit Ausbrüchen in Gemeinschaftsunterkünften. Dort leben Menschen auf engstem Raum und das Einhalten der Abstands- und Hygieneregeln zur Prävention ist manchmal sehr schwierig“, konstatiert der liberale Gesundheits- und Integrationspolitiker Yanki Pürsün.

Für die Liberalen sei es wichtig, dass sich drastische Auswirkungen auf Landkreise durch derartige Grenzüberschreitungen nicht wiederholen: „Wir benötigen endlich eine Art Corona-Index. Er sollte sich aus Inzidenz, aber insbesondere aus der Quote der Hospitalisierung ergeben. Einzelne, klar abzutrennende Ausbruchsgeschehen wie in Flüchtlingsunterkünften dürfen künftig nicht mehr zum Stillstand eines ganzen Landkreises führen“, mahnt der Wetterauer FDP-Landtagsvizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn abschließend an.